



#dieschmidt

der newsletter

27.04.2018

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

seit Sonntag hat die SPD eine neue Vorsitzende. Ich bin überzeugt, dass wir mit Andrea Nahles die richtige Wahl getroffen haben. Wir müssen die Antworten auf die großen Fragen der Zeit eng an den sozialdemokratischen Grundwert der Solidarität knüpfen. Sie hat klar formuliert: „Freiheit ist das Wichtigste. Gerechtigkeit ist unser Ziel. Aber Solidarität ist doch das, woran es am meisten fehlt in dieser globalisierten, neoliberalen, turbodigitalen Welt.“ (mehr dazu unter www.spd.de).

CDU-Generalsekretärin Kramp-Karrenbauer hat am Sonntag verkündet, die im Koalitionsvertrag festgehaltene Brückenteilzeit sei noch verhandelbar. Dem halten wir entgegen: Über den von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil entworfenen Gesetzentwurf gibt es nichts mehr zu verhandeln. Kaum ein Projekt haben wir im Koalitionsvertrag so detailliert und verbindlich geregelt, wie das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit. Daran gibt es aber auch gar nichts mehr zu rütteln. Die Brückenteilzeit kommt genauso wie vereinbart.

Ich habe bereits letzte Woche die SPD-Position zur Doppelverbeitragung von Betriebsrenten dargestellt (www.dagmarschmidt.de/betriebsrenten). Auch nach der Anhörung im Gesundheitsausschuss hat sich nichts daran geändert, dass wir die Doppelverbeitragung abschaffen wollen.

Auf zwei Sitzungswochen folgen wieder zwei Wahlkreiswochen. Ich freue mich auf viele interessante Termine – Hintergrundgespräche, Betriebsbesichtigungen, Diskussionsrunden und natürlich die traditionelle Kundgebung zum 01. Mai. Nachdem ich letztes Jahr in Herborn war, geht es dieses Jahr unter dem Motto „Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit“ in Wetzlar auf die Straße.

Weitere Termine in den kommenden Wochen finden sich unter www.dagmarschmidt.de/#sec-terme. Darunter auch die Diskussionsveranstaltung der SPD Haiger „Zukunft der Arbeit“, bei der ich unter anderem über die arbeitsmarktpolitischen Projekte der SPD-Bundestagsfraktion berichten werde.



Mit den Jusos Lahn-Dill, Wolfgang Schuster, Stephan Grüger MdL und Thorsten Schäfer-Gümbel MdL zum 01. Mai 2017 in Herborn.

Zum Schluss möchte ich noch die Gießener Leserinnen und Leser begrüßen, die neu auf dem Verteiler sind. Bis der Landkreis Gießen wieder direkt durch ein Mitglied der SPD im Deutschen Bundestag vertreten ist, bin ich bundespolitische Ansprechpartnerin der SPD für die Gießener Bürgerinnen und Bürger ([Hier geht es zur Pressemitteilung](#)).

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

Berufsbildungsbericht

Qualität der Ausbildung stärken



Das deutsche System der dualen Berufsausbildung ist international anerkannt und trägt wesentlich zur Sicherung der Beschäftigungschancen junger Menschen bei. Der aktuelle Berufsbildungsbericht, den wir diese Woche im Deutschen Bundestag diskutiert haben, macht deutlich, dass wir jetzt handeln müssen, um allen die Chance auf eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen und die Qualität der Berufsbildung zu verbessern. Denn der Fachkräftemangel ist spürbar. Auch der Arbeitsmarktbericht des Lahn-Dill-Kreises macht dies deutlich, der in diesem Zusammenhang unter anderem die Stärkung der dualen Ausbildung aufgreift. Im Bundesgebiet ist die Quote der jungen Menschen von 20 bis 34 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung gestiegen. Über 2 Millionen Menschen in dieser Altersgruppe sind ohne Ausbildung. Auch die Zahl der Ausbildungsbetriebe sinkt. Dringenden Handlungsbedarf verdeutlicht auch der gestiegene Anteil der Ausbildungsabbrüche. 2016 wurde jeder vierte Ausbildungsvertrag aufgelöst. [...weiterlesen](#)

Parteienfinanzierung

NPD von der staatlichen Finanzierung ausschließen

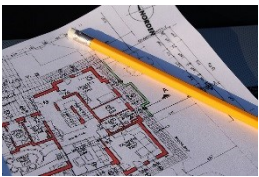


Im Januar 2017 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die NPD die freiheitlich demokratische Grundordnung verletzt und verfassungsfeindliche Ziele verfolgt. Da jedoch keine hinreichenden Ansatzpunkte für eine erfolgreiche Durchsetzung dieser verfassungsfeindlichen Ziele gesehen wurden, sprach das Bundesverfassungsgericht kein Verbot der Partei aus. Das Gericht hat dem Gesetzgeber jedoch die Möglichkeit eröffnet, verfassungsfeindliche Parteien auf anderem Wege zu sanktionieren. [...weiterlesen](#)

Wohnraumoffensive

Bezahlbares Wohnen hat oberste Priorität

Letzte Woche haben sich die Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktionen in den Ländern, im Bund und im EU-Parlament in Wiesbaden zu



einer zweitägigen Konferenz getroffen. Schwerpunktthema war die Wohnungsbaupolitik in Bund und Ländern.

In einem gemeinsamen Beschluss, den die Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Andrea Nahles und der hessische SPD-Fraktionschef Thorsten Schäfer-Gümbel am Freitag offiziell vorstellten, heißt es dazu: „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sorgen für gerechte Lebensbedingungen in Stadt und Land.

Bezahlbarer Wohnraum ist die soziale Frage unserer Zeit.“ Denn Wohnungen und Wohneigentum werden immer teurer. Menschen in der gesamten Republik macht der knapper werdende bezahlbare Wohnraum deshalb immer mehr Sorgen - im Lahn-Dill-Kreis zum Beispiel herrscht ein Mangel an bezahlbaren barrierefreien Wohnungen. [...weiterlesen](#)

70 Jahre Israel

Freundschaft und Verantwortung



In der letzten Woche begannen in Israel die Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Staatsgründung. Die Gründung Israels und die deutsch-israelischen Beziehungen scheinen heute vielen Menschen eine Selbstverständlichkeit. Nur wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war die Unterzeichnung der Unabhängigkeitserklärung am 14. Mai 1948 aber nicht nur eine Staatsgründung. Israel war Hoffnung, Zufluchtsort und schließlich Heimat für viele Menschen, die das Grauen des Holocaust in Europa überlebt

hatten. [...weiterlesen](#)

Facebook

Monopolstellung aufbrechen



Seit dem Datenskandal um Facebook und Cambridge Analytica wird wieder vermehrt über den Umgang mit unseren Daten gesprochen. Viele Menschen sind unzufrieden mit dem Schutz ihrer Daten durch Facebook, bleiben aber im Netzwerk angemeldet, weil es für sie keine Alternative der Vernetzung und Kommunikation gibt. Es ist daher begrüßenswert, dass der netzpolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion laut Medienberichten offen dafür ist, an der Monopolstellung von Facebook zu arbeiten – eine Forderung, die wir

bereits in den Koalitionsverhandlungen gestellt haben. [...weiterlesen](#)